Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 4.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 18.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Nationalsozialisten: monatlich M. 12.— und Druckschriften-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 40 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamts der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Groß-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 2.50, v. auswärts M. 3.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts M. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage M. 12.— netto, für Teilauflage M. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14451, 14452, 14453. — Postscheckkonto 751. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co. Leipzig.

Nr. 70 — **Mittwoch, den 9. Februar** — **1921**

Der Ernst der Stunde

Berlin, 8. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die mehrfachen Beratungen, die das Reichskabinett gestern abhielt, haben, wie bereits gemeldet, noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. In politischen Kreisen Berlins erwartet man mit Spannung den Ausgang der Ministerberatung in München und verkennt nicht den Ernst der Lage, der eintreten würde, wenn Bayern starr auf seinem Standpunkt beharrt. Man hat den Eindruck, daß der energische Widerstand, dem Herr von Kahr seitens der übrigen süddeutschen Vertreter in der Konferenz begegnete, persönlich zwar nicht ohne Einfluß auf den bayrischen Ministerpräsidenten geblieben ist, daß aber die festen Instruktionen, die ihm mitgegeben worden waren, keine Revision seines Standpunktes zuließen, wodurch es ihm auch unmöglich erschien, seinerseits sich zum Wortführer der Berliner Auffassung in München zu machen.

In der gestrigen Reichskabinettssitzung konnte infolge der völligen Ungeklärtheit der bayrischen Stellungnahme demnach auch nichts weiter als ein Referat über die Situation gegeben werden. In politischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß auch ohne die Zustimmung Bayerns der von der Reichsregierung formulierte Standpunkt in der Entwaffnungsfrage voll und ganz aufrechterhalten werden muß, selbst auf die Gefahr hin, daß man in der Antwort an die Entente gezwungen wäre, eine Ausnahme für Bayern vorzubehalten. Ehe man sich aber dazu entschließt, glaubt man, daß der Außenminister alle nur möglichen Anstrengungen machen wird, um Bayern zum Einlenken zu bewegen. Es kann deshalb unter Umständen erwartet werden, daß nach Abschluß des bayrischen Ministerrates Außenminister Simons persönlich nach München reist, um sich mit den dortigen politischen Kreisen auszusprechen.

Ueber die deutschen Gegenvorschläge konnte in der Kabinettssitzung naturgemäß auch noch keine klare Einhelligkeit gewonnen werden. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß man bei der Frage der Aufbringung der Entschädigung durch eine Neuordnung des deutschen Steuersystems etwas eingehender verweilt. Man ist in politischen Kreisen der Auffassung, daß die Belastung des deutschen Volkes durch direkte Steuern ihre Höchstgrenze erreicht hat, die auch eine Vermehrung der indirekten Steuern außerordentlich schwierig machen würde. Man glaubt deshalb, daß bei einer Vermehrung der indirekten Steuern eine Neugestaltung des direkten Steuersystems unumgänglich ist. Umsatzsteuer und Kohlensteuer werden voraussichtlich sehr bald eine Aenderung erfahren. Die Aufrechterhaltung der zwölfprozentigen Zollannuitäten müßte allerdings die Wirtschaftskraft Deutschlands derart schwächen, daß auch durch das härteste Steuersystem ein irgendwie befriedigendes Ergebnis nicht erzielt werden könnte.

Kahrs Bemühungen um ein Kompromiß

Berlin, 8. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie der Münchener Korrespondent des „Berliner Tageblatts" erfährt, fand Dr. von Kahr für die Wahrung des bayrischen Regierungsstandpunktes in der Entwaffnungsfrage die Zustimmung aller Kabinettsmitglieder, doch wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen Phalanx gegenüber den Pariser Beschlüssen und der Wunsch nach Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Berlin und München laut, die mehr eine Frage der Taktik als des Prinzips seien. Von seiten der Bayrischen Volkspartei wird empfohlen auf der einheitlichen Behandlung des durch die Pariser Beschlüsse gegebenen Fragenkomplexes zu beharren und abzuwarten, vor welche Entscheidungen man in London die Delegierten in der Entwaffnungs- und Reparationsfrage stellen werde. Erst dann sei in der Wehrfrage das letzte Wort zu sprechen. Heute nachmittag ½3 Uhr wird Herr von Kahr im interfraktionellen Landtagsausschuß referieren.

Münchener Stimmen

München, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Blätter besprechen die Unstimmigkeiten zwischen der Reichsregierung und den Ansichten der bayerischen Regierung in der Entwaffnungsfrage in zum Teil außerordentlich erregten Kommentaren. Die „Münchener Zeitung" sagt u. a., daß es bei dem Pariser Diktat keine Teilung geben dürfe; denn jede Teilung würde von vornherein der Entente die Möglichkeit geben, auf ihren Forderungen nicht nur zu bestehen, sondern sie noch nach jeder Richtung hin zu verbreitern. Allerdings hätten gewisse Köpfe Berliner und Frankfurter Richtung keine Ahnung oder wollten keine Ahnung von den Lebens- und Staatsnotwendigkeiten haben. Eine Regierung, die eine Teilung des Diktats erwäge, wäre gewissenlos. Daß Herr von Kahr der Ministerpräsidentenkonferenz beigewohnt habe, obwohl bei ihm nicht die Neigung bestanden habe, sich an der Konferenz zu beteiligen, zeige, daß Bayern alles getan habe, um die Solidarität und die geschlossene Front ja nicht zu stören. Die „Münchener Zeitung" meint wörtlich, daß in dieser Angelegenheit Erzberger seine Finger stecken habe, der in München gewesen sei, wenn er dies auch dementiert habe. Im Eingang des Hotels, in dem er gewohnt habe, habe eine allerdings stumme, aber in den Blicken sehr vieldeutige Begegnung zwischen Erzberger und Ludendorff stattgefunden.

Der „Bayrische Kurier" sagt u. a.: Angesichts des Ernstes der Stunde solle an der Hintansetzung dringlichster bayrischer Interessen nicht herbe Kritik geübt werden; es genüge der Hinweis auf die absolute Einmütigkeit und Unbeirrbarkeit in der Entwaffnungsfrage bei der überwiegenden Mehrheit des bayrischen Volkes. Das Blatt verweist darauf, daß auch Organe der christlichen Gewerkschaften sich auf das schärfste dagegen wenden, daß die Einwohnerwehrfrage in den Hintergrund gedrängt werde, und sagt schließlich, die Reichsregierung habe sich das Rückgrat nicht stärken lassen, wenn sie eine ungeheure Verantwortung auf sich genommen habe, und das in einem Augenblick, in dem die Wahrung der deutschen Einheitsfront im Innern erstes Gebot der Stunde gewesen sei.

Die „Münchner Post" bezeichnet den schon gemeldeten halbamtlichen Bericht als eine Kriegserklärung und sagt u. a., daß die Kluft zwischen dem Reich und Bayern eigentlich recht künstlich gemacht sei. Das bayrische Staatsministerium verbiete zwar den Fasching, setze ihn aber gleichsam in der Politik fort. Für politische Karnevalspossen sei die Lage zu ernst.

Der über die Stellungnahme Bayerns entscheidende Ministerrat trat heute vormittag 10 Uhr zusammen und war um die Mittagsstunde noch versammelt, ohne daß eine Entscheidung gefallen wäre.

Der Fall Priesdorff

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

E. E. **Berlin**, 8. Februar.

Der preußische Minister des Innern hat einem Geheimen Regierungsrat, Major a. D., namens von Priesdorff, der bisher Inspektor der Schutzpolizei war, mit einer kurzen Frist von kaum vier Wochen gekündigt und als Grund angegeben, daß die von ihm innegehabte Stellung zukünftig aus Sparsamkeitsrücksichten fortfallen werde; doch wird dem Beamten in Aussicht gestellt, daß er später als Leiter einer demnächst zur Verstaatlichung gelangenden Polizeiverwaltung wieder verwendet werden soll. Herr von Priesdorff soll gegen die von ihm als ungesetzlich empfundene Kündigung Einspruch erhoben und einen dienstlichen Urlaub angetreten haben. Die Sache macht auf den ersten Blick einen unangenehmen Eindruck. Die Begründung mit der Sparsamkeit reicht natürlich nicht aus, und man ist versucht, nach politischen Gründen zu suchen. Sie werden von verschiedenen Seiten verschieden dargestellt. Von der einen, nebenbei gesagt, einem demokratischen Blatt Berlins, wird behauptet, daß Priesdorff dem Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten entgegengetreten sei, weil er in der Polizei ebensowenig parteipolitische Agitation dulden wolle, wie sie in der Reichswehr ertragen werden kann, und das Blatt hat nun vermutet, daß Herr Severing im Hinblick auf die preußischen Wahlen seine Partei in seiner eigenen Beamtenschaft habe fördern wollen. Wenn diese Darstellung zutrifft, wäre das Vorgehen des Ministers natürlich entschieden zu verurteilen; aber wir halten es für ziemlich ausgeschlossen, daß der Fall so liegt — denn so töricht ist der Minister Severing schwerlich, daß er 14 Tage vor den Wahlen seiner Partei eine solche Blöße geben würde, die natürlich von den gegnerischen Parteien, namentlich der Rechten, weidlich ausgenützt werden würde. Nach anderen Darstellungen hat der ehemalige Major von Priesdorff sich nach der Revolution zum Sozialismus bekannt und für die völlige Abschaffung eines Heeres in Deutschland sich ausgesprochen; später sei er aber dann ganz nach der Rechten hinübergeschwenkt und habe den deutschnationalen Abgeordneten Material zugeleitet, das gegen den Minister verwendet werden sollte. Er hat ferner, wie es heißt, unter seinen Beamten namhafte Beträge verteilt, ohne daß man wüßte, woher das Geld stammt, und als der Minister Aufklärung von ihm forderte, dies verweigert. Trifft das zu, so hätte der Minister, statt solch eine unzulässige wahltaktische Handlung zu begehen, vielmehr offenbar einer parteipolitisch gefärbten Agitation ein Ende gemacht. Jedenfalls bedarf der Fall einer genauen amtlichen Aufklärung, die auch von der Gegenseite nicht bestritten werden kann. Bis dahin wird man gut tun, mit dem Urteil zurückzuhalten.

Die vorläufigen Abfindungen geschädigter Deutscher

Berlin, 8. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Dem 24. Ausschuß des Reichstages sind interessanteste statistische Angaben über die Vorentschädigungen geschädigter Deutscher zugegangen. Wir bringen daraus folgende bemerkenswerte Zahlen: Bis zum 31. Dezember 1920 waren beim Bund der Auslanddeutschen rund 52 000 Anträge eingegangen, wovon 27 000 an die Spruchkommission abgegeben sind, so daß beim Bunde 25 000 Anträge unerledigt bleiben. Beim Verband der im Ausland geschädigten Inlanddeutschen sind 11 000 Anträge eingegangen, an die Spruchkommissionen abgegeben oder sonst erledigt sind 5000 Anträge, unerledigt sind beim Verband 6000 Anträge. Bei den 63 Spruchkommissionen sind von 33 915 Anträgen 27 747 durch Spruch erledigt, so daß unerledigt noch 6168 Anträge sind. Zuerkannt haben die Spruchkommissionen bisher insgesamt 325 Millionen Mark. Davon sind rechtskräftig geworden Sprüche über rund 210 Millionen Mark, davon ausgezahlt 150 Millionen Mark, während wegen der restlichen 60 Millionen Mark die Zustimmung der Finanzämter noch aussteht. Von den Kolonialschäden sind von den Spruchkommissionen bisher zuerkannt 102 484 000 ℳ. Aus Elsaß-Lothringen sind 30 574 Schadenanmeldungen eingegangen. An Vorentschädigungen einschl. Abfindungen wurden bisher bewilligt an Beihilfen und Unterstützungen für Verdrängungsschäden rund 35 Millionen Mark, an Vorschüssen für Liquidationsschäden 1 165 000 000 ℳ, von denen 945 Millionen auf die Schwerindustrie und sonstige Großbetriebe fallen. Die dem Reiche hinsichtlich Elsaß-Lothringens erwachsende Entschädigungslast wird sich auf einige Milliarden Mark stellen. Ueber die Schäden in den Ostmarken sind Angaben noch nicht gemacht, da sie bisher von Preußen vorschußweise verausgabt sind. An sonstigen Zuwendungen (Darlehen, Flüchtlingsfürsorge, Möbelheimschaffung) hat das Reich 388,7 Mill. Mark verausgabt. In dieser ungeheuren Summen treten noch die von den einzelnen Ressorts an Beamte gezahlten Beträge und die Kosten der Flüchtlingsfürsorge für Auslanddeutsche, die Preußen verauslagt hat.

Neue Kämpfe in Irland

London, 8. Februar. Aus Dublin wird gemeldet, daß unbekannte Individuen am Sonnabend das historische Schloß in Summerfield in Brand steckten. Die Täter schlugen ein Tor ein, gossen in das Schloß eine Menge Petroleum und legten dann Feuer an. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf 100 000 Pfd. Sterling.

In Dublin erfolgte am Sonnabend ein Angriff gegen die Polizei, der schließlich in eine wilde Schlacht ausartete. Es wurden Bomben geworfen, wodurch zwei Zivilisten getötet und andere schwer verletzt wurden. Eine Stunde später begann ein Scharmützel. Die Zahl der Verwundeten konnte noch nicht festgestellt werden. Wenige Augenblicke später wurde ein vorbeifahrendes Militärauto angegriffen und der auf ihm befindliche Offizier schwer verwundet. In einer benachbarten Kirche fand man eine Anzahl Revolver und Bomben. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen, jedoch steckte die Polizei als Vergeltungsmaßnahme und um den Tod eines ihrer Kameraden zu rächen, fünf Häuser in Brand.

Aufbauschule und deutsche Oberschule

Die jüngsten Weimarer Schulbeschlüsse.

Von

Dr. Reinhard Strecker,

Präsident des Hessischen Landesamts für Bildungswesen.

Kürzlich fand in Weimar eine Konferenz von Vertretern der deutschen Unterrichtsverwaltungen statt, worin über die Aufbauschule und die deutsche Oberschule verhandelt wurde. Es galt in Weimar eigentlich nur die letzten Konsequenzen aus früheren Beratungen des Reichsschulausschusses zu ziehen; denn dort ist das gleiche Thema schon wiederholt und eingehend behandelt worden. Auch in pädagogischen Fachkreisen und in der Fachpresse sind derartig viele Verhandlungen vorausgegangen, daß man diese Schulreform nun wohl als spruchreif bezeichnen darf. Es steht zu erwarten, daß die in Weimar aufgestellten Richtlinien bald der einen oder anderen Unterrichtsverwaltung die nötige Rückendeckung zur praktischen Verwirklichung dieser neuen Schulideale geben werden.

Sprechen wir zunächst von der deutschen Oberschule. Ihr Ziel ist eine vollgültige Bildung auf dem Fundament deutschen Kulturgutes. Weshalb sollen immer nur fremdsprachliche Kenntnisse als Maßstab für „Gebildetheit" gelten? Gegen diese Einseitigkeit haben sich schon oft deutsche Erzieher aufgelehnt. Hat nicht das griechische klassische Altertum eine allseitig anerkannte höchste Bildung lediglich auf nationalem Mutterboden verwirklichen können? Weshalb wollen wir in unserem deutschen Bildungswesen gerade der deutschen Kultur eine Aschenbrödelstellung zuweisen? Gewiß lassen sich fremdsprachliche Arbeiten bequemer korrigieren und zensurieren. Aber die technischen Schwierigkeiten einer Wertung deutscher Bildung dürfen in der vorliegenden Frage nicht entscheidend sein. Vielleicht muß überhaupt unser Verfahren, Schülerleistungen zu werten und Bildungszeugnisse auszustellen, verfeinert werden. Soweit die fremde Sprache nützlich und wertvoll ist, um den Vergleich mit den Gesetzen der Muttersprache zu ermöglichen, kann sie auch in der deutschen Oberschule beibehalten werden. Aber eine fremde Sprache genügt für den Zweck vollauf. Die an der anderen, oder an mehreren anderen Fremdsprachen ersparte Zeit wird dann Unterrichtszweigen zustatten kommen, die bisher geradezu sträflich an unseren höheren Lehranstalten vernachlässigt worden sind. Wir nennen nur den Geschichtsunterricht mit seinen kümmerlichen zwei Wochenstunden, die Geographie mit einer oder gar keiner Lehrstunde in den Oberklassen, bildende Kunst und Musik, Staatsbürgerkunde, Werkunterricht, Biologie: alles Dinge, von welchen unsere sogenannten Gebildeten vielfach weniger wissen, als es dem mit so schweren Verantwortungen eines demokratischen Staatswesens beladenen Staatsbürger erlaubt sein sollte. Es besteht gar kein Zweifel, daß auch die deutsche Oberschule und ihr deutscher Lehrstoff derartig streng wissenschaftlich gehalten werden kann, daß die hier zu leistende Arbeit nicht hinter der an den übrigen höheren Lehranstalten zurücksteht. Es muß natürlich die Gefahr vermieden werden, daß die deutsche Oberschule zum Sammelbecken für lauter solche Schüler wird, die alle anderen höheren Schulgattungen durchprobiert und dabei schlechte Erfahrungen gemacht haben. Hier kann aber leicht durch strenge Aufnahmebedingungen und hochgestreckte Lehrziele vorgebeugt werden. Viel wird darauf ankommen, daß der an der deutschen Oberschule unterrichtende Lehrer nicht nur die nötige wissenschaftliche Durchbildung, sondern auch hohes pädagogisches Verantwortlichkeitsbewußtsein mitbringt. Die Universitäten sträuben sich teilweise noch gegen die Anerkennung einer solchen neuen Schulgattung. Die geistige Strömung der Zeit wird diese trotzdem zum Siege führen. Schon die Notwendigkeit des Wiederaufbaus von innen her wird der neuen Schulgattung eine besonders wichtige Stellung und baldige Allgemeinwertschätzung verleihen. Denn wenn wir nicht, wie es bisher leider vielfach der Fall war, mit unserer nationalen Gesinnung in Phrasen uns verflüchtigen wollen, wenn wir an Stelle des nationalen Dünkels wirkliches Bewußtsein nationalen Eigenwertes und Kulturbesitzes setzen wollen, dann müssen unsere Schulen, und ganz besonders die für eine höhere Bildung bestimmten, das deutsche Kulturgut auch wirklich an die dafür empfängliche Jugend herandringen.

Was die Aufbauschule betrifft, so ist sie an sich keine neue Schulgattung, sondern nur ein verkürzter Weg zur Hochschulreife. Sie will dieselbe Strecke in sechs Jahren zurücklegen erlauben, für welche die anderen höheren Lehranstalten neun Jahre brauchen. Daß so etwas möglich ist, beweisen die Reformanstalten, vor allem diejenigen nach Frankfurter System, die sich schon vielfach bewährt haben. Je mehr höhere Lehranstalten an kleinen Orten infolge der Verarmung Deutschlands künftig eingehen werden, um so notwendiger werden Reformanstalten und Aufbauschulen sein. Sie geben nämlich der Intelligenz vom Lande die Möglichkeit, auch erst nach vollendeter Volksschulbildung noch den Weg zu einer höheren Bildung zu finden. Die Aufbauschule setzt eine besondere Auslese der Schüler voraus. Man wird diese vielfach aus den an der Volksschule einzurichtenden Begabtenklassen entnehmen. Ein Teil der Aufbauschulen wird dann auch den Charakter der deutschen Oberschulen bekommen können. Vielleicht wird sich diese Schulgattung für die Organisationsform der Aufbauschule besonders eignen. Ohne große Schwierigkeiten lassen sich alsbald die bisherigen Lehrerseminare, die ja nach der Reichsverfassung abgebaut werden sollen, in deutsche Oberschulen der Aufbauform verwandeln. Die künftigen Volksschullehrer werden dann alle das Abitur haben. Ein großer Teil von ihnen wird dabei die Abiturientenprüfung an der deutschen Aufbauschule ablegen. Und sicherlich werden junge Leute, die aus diesem Bildungsgange hervorgehen, für den Lehrberuf besonders geschickt sein. In Weimar sind die Länder bereits